



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 124. Ratssitzung vom 12. Dezember 2024

### Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2024/421, Anträge 083. bis 089. und Postulat GR Nr. 2024/540

#### Gemeinsame Behandlung der Anträge 083. bis 090. (Postulat GR Nr. 2024/558)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Yasmine Bourgeois (FDP)** begründet den Antrag der Minderheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4048/2024): Die Herausforderungen in den Schulen sind vielseitig und komplex. Unser Postulat und die Anträge 085. bis 089. zielen darauf ab, die integrative Schule tragfähig zu machen. Lehrerinnen und Lehrer sehen sich einem enormen Koordinations- und Administrationsaufwand gegenübergestellt – und es wird mehr und mehr. Postulate wie das vorherige fördern dies noch. Es wird nicht nur die Zeit der Lehrerinnen und Lehrer beansprucht, sondern auch ihre Kraft. Gleichzeitig stehen sie vor der Aufgabe, den unterschiedlichsten Bedürfnissen ihrer Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden. Unsere Antwort auf diese Herausforderungen lautet: Förderklassen. Eine kleinere Klassengrösse erlaubt es, auf die individuellen Stärken und Schwächen der Kinder einzugehen. Kinder, die mehr Betreuung brauchen, erhalten die notwendige Zeit und Aufmerksamkeit. Das verhindert sowohl die Überforderung als auch die Unterforderung einzelner Schülerinnen und Schüler. Förderklassen haben gegenüber den Sonderschulen den Vorteil, dass sie im gleichen Schulhaus oder Quartier besucht werden können und keinen besonderen Stempel geben. Es sind einfach kleinere Klassen, in denen die Lehrkraft mehr Zeit für die besonderen Bedürfnisse hat. Förderklassen sind eine erhebliche Entlastung für die Lehrkräfte. Der organisatorische Aufwand wird massiv reduziert, weil weniger Kinder pro Klasse betreut werden müssen. Die Lehrerinnen und Lehrer können ihre Energie dort einsetzen, wo sie am dringendsten gebraucht wird: in der direkten Arbeit mit den Kindern. Das führt zu einer höheren Qualität des Unterrichts und zu einer deutlichen Verbesserung des Arbeitsumfelds der Lehrkräfte. Förderklassen schaffen ein stabiles Umfeld für die Kinder. Sie reduzieren das ständige Hin- und Herschicken zwischen den Förderangeboten. Das schafft Vertrauen, Sicherheit und eine bessere Lernatmosphäre. Die Vorteile der Förderklassen sind nicht nur kurzfristig spürbar: Kinder, die von Anfang an die passende Förderung haben, erzielen bessere schulische Ergebnisse. Langfristig entlasten wir damit das ganze Bildungssystem und vermeiden zukünftige – meistens sehr teure – Massnahmen. Zusammengefasst sind Förderklassen nicht nur eine Investition in unsere Schulen, sondern in die Zukunft unserer Gesellschaft und entlasten die Lehrkräfte. Sie schaffen faire Bedingungen für unsere Kinder und vermeiden die Überforderung und Unterforderung. Jedes Kind hat das Recht



*auf eine Bildung, die seinen Möglichkeiten und Potenzialen entspricht. Förderklassen ermöglichen das. Die Anträge sind budgetneutral. Logischerweise braucht es weniger Ressourcen für die Sonderschulung und Integrierte Sonderschulung in Regelschulen (ISR). Darum haben wir die Hälfte der Sonderschul- und ISR-Ressourcen gestrichen. Diese möchten wir dort einsetzen, wo man Personal für Förderklassen aufstocken kann.*

**Leah Heuri (SP):** *Entscheidungen über die passende Förderung für ein Kind werden auf Grundlage fachlicher Expertise durch den Schulpsychologischen Dienst (SPD) getroffen. Der SPD gibt eine fundierte Empfehlung ab, ob eine ISR sinnvoll oder eine separierte Sonderschulung notwendig ist. Die individuelle Abklärung und Begleitung durch den SPD gewährleisten, dass die spezifischen Bedürfnisse jedes Kindes im Mittelpunkt stehen, ohne voreilig auf Separation zu setzen. Förderklassen mögen auf den ersten Blick wie eine sinnvolle Lösung erscheinen, um ein Kind mit Lernschwierigkeiten gezielt zu unterstützen. Doch ein genauer Blick zeigt, dass diese Konzepte mehr Probleme schaffen, als sie lösen. Einerseits führt die Separation von Kindern in Förderklassen häufig zu Stigmatisierungen und Ausgrenzungen. Kinder in diesen Klassen werden oft als anders oder schwächer wahrgenommen, sowohl von ihren Mitschüler\*innen als auch von der Gesellschaft. Primarlehrerin und Kantonsrätin Carmen Marty Fässler hat es treffend formuliert: «Wir wollen keinen Rückschritt in ein Zweiklassensystem, in dem Kinder mit Lernschwächen oder Verhaltensproblemen einfach aussortiert werden.» Diese Etikettierung beeinflusst nicht nur das Selbstbewusstsein der Kinder, sondern auch ihre langfristigen Bildungschancen und Integration in die Gemeinschaft. Anstatt eine Vielfalt in regulären Klassen als Chance zu nutzen, wird durch das Herausnehmen der Kinder eine Trennung geschaffen, die der Idee einer inklusiven Gesellschaft widerspricht. Jedes Kind hat das Recht, unabhängig von seinen Fähigkeiten in einer regulären Klasse zu lernen und von seinen Mitschüler\*innen zu profitieren. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass Kinder mit Unterstützungsbedarf oft besser abschneiden, wenn sie in heterogenen Klassen unterrichtet werden. Sie profitieren von einer breiten sozialen und akademischen Interaktion sowie von differenzierten Lernmethoden, die für alle Lernniveaus förderlich sind. Förderklassen hingegen können dazu führen, dass die Kinder in ihrer Entwicklung stagnieren, weil sie nicht ausreichend gefördert werden. Auch wenn das integrative Schulsystem viele Vorteile bietet, ist es wichtig anzuerkennen, dass es Kinder gibt, die auf spezielle Sonderschulen angewiesen sind. Diese Kinder haben komplexe und schwerwiegende Förderbedürfnisse, die in einem regulären Schulumfeld – selbst mit unterstützenden Massnahmen – nicht ausreichend adressiert werden können. Sonderschulen bieten ihnen eine angepasste Umgebung, in der sie die individuelle Förderung und therapeutische Unterstützung erhalten, die ihren besonderen Bedürfnissen gerecht wird. Diese Expertise kann in Förderklassen oft nur begrenzt zur Verfügung gestellt werden. Schliesslich stellen Förderklassen keine nachhaltige Lösung dar, weil sie die strukturellen Probleme des Bildungssystems nicht angehen. Es sollten stattdessen mehr Ressourcen in den integrativen Unterricht investiert werden, wie beispielsweise in das Schulinsel-Modell, das eine rasche Umsetzung und niederschwellige Handlungsoptionen bietet. Die Mehrheit der RPK spricht sich gegen die sieben Anträge aus.*



**Dr. Balz Bürgisser (Grüne)** stellt namens der Grüne-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Für die Grünen und weitere Parteien im Saal ist die Inklusion der Leitstern. Bei der inklusiven Bildung geht es um eine Kultur des Miteinanders. Es geht um die Wertschätzung von Diversität und Chancengerechtigkeit. Das Postulat fordert das Gegenteil. Es will Ressourcen im grossen Stil von ISR zu Förderklassen verschieben, also von der Integration zur Separation. Es wundert mich, dass die FDP das fordert. Der bürgerlich dominierte Regierungsrat des Kantons Zürich hat eine klar ablehnende Haltung gegenüber Förderklassen. Er schreibt in seinem Bericht vom Oktober 2024: «Die Erfahrung zeigt, dass zu lange separierte Schülerinnen und Schüler Schwierigkeiten haben, aus der Separation herauszufinden. Dies hat auch Folgen für die Anschlussfähigkeit an die Berufswelt. Die Separation wirkt sich negativ auf die beruflichen Aussichten der betroffenen Schülerinnen und Schüler und deren Integration in gesellschaftliche Strukturen aus.» Es lohnt sich, noch genauer hinzuschauen. Es gibt im Kanton Zürich Gemeinden, in denen Kleinklassen geführt werden. Das ist gemäss Volksschulgesetz möglich. In diesen Gemeinden liegt die Sonderschulquote deutlich über dem kantonalen Durchschnitt von 4,8 Prozent. Ganz anders sieht die Prozentzahl in jenen Gemeinden aus, die keine Kleinklassen haben und Massnahmen zur Stärkung der Integrationskraft der Volksschule umsetzen. Dazu gehört zum Beispiel die Stadt Zürich, wo die Sonderschulquote aktuell nur 3,7 Prozent beträgt. Das beweist eindrücklich, dass Kleinklassen zu mehr Sonderschulungen führen und nicht zu weniger. Diese Fakten ignoriert das Postulat. Ausserdem handelt es sich beim Wort Förderklasse um einen Etikettenschwindel, weil ein Kind mit besonderem Förderbedarf wirklich in der Regelklasse gefördert wird. So ist es motivierter und lernt besser. Die Vorteile des Unterrichtens in der Regelklasse für das betreffende Kind werden durch zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen belegt. Aus diesen Gründen wollen die Grünen keine Förderklassen. Wir möchten keine zusätzliche separative Struktur an der Volksschule.

Weitere Wortmeldungen:

**Julia Hofstetter (Grüne):** Dr. Balz Bürgisser (Grüne) hat erklärt, weshalb wir das Postulat ablehnen. Ich erläutere, weshalb wir die anderen Anträge der FDP ablehnen. Es ist zynisch, wenn die FDP von Förderklassen spricht. Eigentlich geht es darum, einen Ort zu schaffen, an dem junge Menschen separiert werden. Ich weiss nicht, ob der FDP bewusst ist, was sie tut, wenn sie Yasmine Bourgeois (FDP) folgt. Zynismus darf in der Gestaltung von Bildung und Schule keinen Platz haben. Dafür ist die Schule zu wichtig; sie ist das Abbild unserer Gesellschaft. Kinder und Jugendliche spüren sehr gut, dass sie nicht zu Förderzwecken separiert werden; dass es ihre Unterschiedlichkeit ist, die als störend empfunden wird. Die Idee, diesen Jugendlichen zu zeigen, dass sie nicht dazu gehören, ist eine traurige Botschaft. Eine wahre Leistung – Leistung fordert die FDP immer – ist es, wenn es uns gelingt, eine Gemeinschaft zu sein in der alle Platz haben und wo eine gute Zusammenarbeit möglich ist. Die Grünen wollen keine Schule, in der die Menschen mit der Empathie eines Kühlschranks selektioniert werden. Schule bedeutet, Rechnen und Sprachen zu lernen, Naturwissenschaften zu verstehen, damit



*frei und informiert Entscheide getroffen werden können. Schule bedeutet, dass Jugendliche und Kinder lernen, sich in andere Menschen und Situationen hineinzusetzen, dass sie die Komplexität der Welt verstehen und kritisch hinterfragen können und dass sie miteinander Verantwortung übernehmen. Schulische Heilpädagoginnen leisten zusammen mit Lehrpersonen wichtige Arbeit und zwar direkt in der Klasse, in den Lerninseln oder Lernzentren der Schule, direkt im Schulhaus. Wir sind uns von der FDP vieles gewohnt. Aber diese Schule, die sie will, erfüllt mich mit grosser Traurigkeit.*

**Karin Weyermann (Die Mitte):** *Die Fraktion Die Mitte/EVP wird von der Enthaltung in die Mehrheit wechseln. Das Budget ist nicht der Ort, um steuernd einzugreifen. Anders sehen wir es beim Postulat. So schwarz-weiss wie Julia Hofstetter (Grüne) das Problem geschildert hat, kann man es nicht sehen. Es gibt viele unterschiedliche Kinder und Bedürfnisse und es gibt im Moment ganz viele ungelöste Probleme in unseren Schulen. Beispielsweise die zahlreichen Lehrpersonen und Heilpädagogen, die in einem Schulzimmer irgendwie zusammenarbeiten müssen, was mit einem enormen administrativen Aufwand verbunden ist. Es gibt die Sonderschulen als letzte Möglichkeit für jene Kinder, die wirklich darauf angewiesen sind. Ansonsten haben wir die ISR, die zusätzliche Unterstützung in den Regelklassen gibt. Wir erachten beides als sinnvolle Optionen. Trotzdem glauben wir, dass es Situationen gibt, in denen das für die Kinder und die Klassen nicht das Richtige ist. Die Gefahr von Nivellierungen gegen unten besteht. Es gibt jene Kinder, die mit dem normalen Alltag durchkommen aber durch die vielen Lehrpersonen und die Ablenkung im Schulzimmer gestört werden. Wir müssen für alle eine Lösung finden. Zu prüfen, ob Förderklassen nicht doch eine Option sind, erachten wir als sinnvoll. Auf kantonaler Ebene läuft die Initiative. Unsere Regierungsrätin, die Bildungsdirektorin, hat einen Gegenvorschlag vorgelegt. Wir müssen diese Entwicklungen abwarten. Deshalb sind wir der Meinung, das Postulat zu überweisen.*

**Stefan Urech (SVP):** *Das Votum von Julia Hofstetter (Grüne) war widerlich. Es unterstellt Yasmine Bourgeois (FDP) und mir Zynismus und Empathielosigkeit. Als würden wir Kinder in ein Arbeitslager schicken und vor der Gesellschaft verstecken wollen. Das sagt niemand. Diese Förderklassen können und sollen selbstverständlich in den gleichen Schulhäusern wie die Regelklassen geführt und Schulanlässe gemeinsam durchgeführt werden. Was die bürgerliche Seite sagt, ist, dass das integrative System gescheitert ist. Damit sind wir nicht allein. Das sagen auch linke Wähler hinter vorgehaltener Hand. Seit Jahren wird die Durchmischung forciert. Als eine der einzigen Gemeinden im Kanton Zürich wurde in der Stadt Zürich das Schulniveau C auf Sekundarstufe abgeschafft. In einem nächsten Schritt wurden das Niveau A und B miteinander vermischt. Dazu kommt noch die integrative Schule. Am Schluss steht man in dieser Stadt als Lehrer vor einer Sek-Klasse, in der ein Schüler knapp die Gymi-Prüfung verhauen hat und ein anderer Sonderschüler ist. Als Lehrer soll man beiden gerecht werden. Das braucht eine wahnsinnige pädagogische Ausbildung. Fakt ist: Sie finden nicht einmal genug Lehrer mit Lehrdiplom. Was ich nicht mehr hören kann, ist die Leier von der Stigmatisierung, wenn man in eine Förderklasse eingeteilt wird. Ist man nicht stigmatisiert,*



wenn man vor der ganzen Klasse auf die Schulinsel geschickt wird? Ist es nicht stigmatisierend, wenn die ganze Zeit eine Heilpädagogin oder ein Heilpädagoge neben einem sitzt und sagt, man solle zuhören? Das ist ein Zurschaustellen in der Regelklasse.

**Dr. Ann-Catherin Nabholz (GLP):** Mit der Initiative und dem Gegenvorschlag liegt der Ball beim Kantonsrat, darum lehnen wir die Anträge ab. Die Diskussion muss sauber geführt werden. Beim Postulat finden wir es zu früh, einen Systemwechsel einzuführen, bevor eine Debatte stattfand. Deshalb lehnen wir auch das Postulat ab.

**Sophie Blaser (AL):** Ich weiss bei all diesen Anträgen nicht, wo anfangen. Es ist an Absurdität und Schludrigkeit nicht zu übertreffen. Die FDP unterbreitet uns in einer Budgetdebatte sieben Anträge, die die Schulen und Bildung komplett umkrepeln sollen. Für diese Reorganisation bleiben dem Schulamt ganze zweieinhalb Wochen Zeit. Ob es überhaupt über die personellen Ressourcen für die Reorganisation verfügt, wissen wir nicht. Auf sechs Konten will die FDP 29,72 Millionen Franken streichen und auf einem anderen 8,65 Millionen Franken einstellen. Das Bildungswesen ist schon kompliziert genug, da ist es vielleicht nur ein Nebenschauplatz, dass sie nach Sonderschulung in der Verantwortung der Regelklassen – statt Regelschulen – fragt, obwohl eine Regelklasse gar keine Verantwortung haben kann. Absurder ist nur noch, dass das Schulamt auch den falschen Begriff nutzt. Es geht um Sonderschulen in der Verantwortung der Regelschulen (ISR), die erst vor kurzem durch eine Reorganisation in der Stadt Zürich eingeführt wurden. Wirklich sorgfältig ist dieses Vorgehen nicht. Sie fordern, 50 Prozent der Beträge für die ISR und 50 Prozent der Kosten für separative Sonderschulung zu streichen. Ein Teil dieses Gelds soll für Förderklassen aufgewendet werden. Als Partei der Jurist\*innen müsste der FDP ihre eigene Kampagne im Hals stecken bleiben, wenn sie Klassen fordert, für die es keine rechtliche Grundlage gibt. Die Förderklassen-Initiative ist eine allgemeine Anregung. Der Regierungsrat lehnt sie ab und in der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) wird sie aktuell beraten. Bei Annahme der Initiative müsste der Kanton die gesetzlichen Grundlagen schaffen und definieren, was eine Förderklasse genau ist. Die einzige Form, die das Volksschulgesetz aktuell kennt, um Klassen ausserhalb der separativen Sonderschulung und Regelklassen zu bilden, sind Kleinklassen. Wenn ihr Kleinklassen möchtet, braucht es die Initiative nicht. Sie sind jetzt schon möglich. Mit dem Antrag 086. könnten maximal 81 Förderklassen eröffnet werden, sofern man das Personal fände. Bei 106 Schulen in der Stadt Zürich wäre es also nicht möglich, in jeder Schule eine Förderklasse zu führen, was aber scheinbar das Anliegen ist. Wie man genau auf diesen Beitrag kommt, ist mir schleierhaft. Zudem wären mit jenen Sonderschüler\*innen, die man umteilen will, bereits 44 Klassen komplett voll, weil man die Ressourcen für deren Schulung um 50 Prozent streichen will. Platztechnisch könnte man hier und dort also noch ein Kind aus einer Regelklasse umteilen, wenn es eine Rechtsgrundlage gäbe. Die Anträge 084. und 085. würden auch zu sozialplanpflichtigen Massenentlassungen führen. Gemäss dem städtischen Personalrecht werden Angestellte mindestens sechs Monate im Voraus über die Umstände informiert, dass eine Massenentlassung ansteht. Das kann man schlicht nicht bis am 1. Januar 2025 umset-



zen. Falls man die Leute auf Ende Juni 2025 entlassen wollte, müsste man sie im Dezember informieren und per Ende Juni das gesamte Personal entlassen, weil sie bereits 50 Prozent des Jahrs gebraucht haben. Ab Juli hat man dann keine Ressourcen mehr, aber einen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen sowie eine Massenentlassung und einen Sozialplan, der kosten wird. Die FDP kann uns danken, dass wir die Anträge ablehnen. Dieses Theater ist ehrlicherweise kaum auszumalen. Die Anträge mögen eine populistische Kampagne sein, aber leider eine wahnsinnig schludrige. Die Bildungslaufbahn unserer Kinder und Jugendlichen ist schlicht zu wichtig, als dass wir in einer Excel-Tabelle 29 Millionen Franken streichen und irgendwo 8 Millionen Franken einsetzen könnten. Wo die Räume für die rund 61 neuen Förderklassen wären, ist mir auch nicht klar. Wer es mit der Bildung ernst meint, kann nichts anderes tun, als die Anträge abzulehnen. Es handelt sich um einen Schnellschuss, der mich überrascht. Ich finde es aber entlarvend. Die FDP hat eine kantonale Initiative eingereicht. Das ist ihr gutes Recht. Aber wir müssen abwarten, was passiert und dann gibt es vielleicht eine gesetzliche Grundlage.

**Yasmine Bourgeois (FDP):** Auf die theatralischen Schilderungen der Sprecherin der AL möchte ich nicht eingehen. Sie sind völlig aus der Luft gegriffen. Wenn man keine echten Argumente hat, greift man zu emotionalen Aussagen. Zum Thema Separation möchte ich festhalten, dass die Lerninseln nicht weniger separierend sind. Im Gegenteil: Die Kinder werden hin- und hergeschoben und haben keine stabile Gruppe. Zum Stigma hat Stefan Urech (SVP) bestens argumentiert. Das würde ich so unterschreiben. Ich möchte die Chancengerechtigkeit ansprechen. Ist es wirklich gerechter, wenn Kinder in einer Klasse sitzen und teilweise betreut, teilweise unbetreut an ihrem eigenen Lernprogramm arbeiten? Oder ist es für den Rest der Klasse gerechter, wenn sie durch Unruhe oder gestresste Lehrerinnen oder Lehrer belastet sind und niemand auf seine Kosten kommt? Wir sind inzwischen so weit, dass Eltern, die genug Mittel haben, ihre Kinder in eine Privatschule schicken, weil sie die Zustände in der Regelklasse für ihre Kinder nicht mehr wollen. Ich glaube nicht, dass das gerechter ist. Wir wollen mit den Förderklassen nicht die Integration abschaffen. Wir möchten sie stützen und das System entlasten. Wir möchten Kinder nicht hin- und herschieben wie mit den Lerninseln. Wir möchten durchlässige Förderklassen, in denen Kinder eine stabile Lernbeziehung aufbauen können, stabile Gruppen haben und auf ihre Kosten kommen. Sie sollen so gefördert werden, wie es ihren Bedürfnissen entspricht. Die Klassen werden dadurch entlastet.

**Dr. Tamara Bosshardt (SP):** Ja, die Lehrpersonen müssen entlastet werden. Sie haben einen enorm anspruchsvollen Job und arbeiten regelmässig zu viel. Nicht, weil sie ihre Arbeit schlecht einteilen würden, sondern weil sich der neu definierte Berufsauftrag bis heute zu wenig an den realen Arbeitsaufwänden von Lehrpersonen orientiert. Deshalb reduzieren viele Lehrpersonen ihr Pensum, was den Lehrpersonenmangel verschärft. Ja, die integrative Schule bringt Herausforderungen mit sich. Diese sind aber überall unterschiedlich. Damit die Schulen sinnvoll auf diese Herausforderungen reagieren können, macht es keinen Sinn, Ressourcen der integrierenden Sonderschulung zu kürzen und für ein veraltetes Konzept einzusetzen. Die Bildung von Förderklassen ist kein Schritt vorwärts, sondern rückwärts. Was die Chancengerechtigkeit erhöht und was



*nicht, ist auch keine Gefühlsfrage, sondern eine empirische Frage. Ich habe es bereits gesagt: Die aktuelle Forschung zeigt, dass Förderklassen für die betroffenen Schüler\*innen keine gute Lösung sind. Auch die Lehrpersonen wollen das nicht. Anstatt Förderklassen brauchen wir mehr und flexiblere Ressourcen, um die integrativen Massnahmen zu stärken. Deshalb haben wir vorher das Postulat GR Nr. 2024/540 überwiesen.*

S. 406	<b>50</b> <b>5010</b> <b>3010 00 000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulamt</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>083.</b>	Antrag Stadtrat				318 187 600	Mehrheit
			1 000 000		317 187 600	Minderheit
						Enthaltung
						Markus Haselbach (Die Mitte)
			Begründung: Integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschule (ISR): Kürzung der 15,2 Stellenwerte ISR um 50 %. Mit Förderklassen sind weniger ISR-Ressourcen nötig.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ZU.

### Antrag 084.

Wortmeldungen siehe Antrag 083.

S. 406	<b>50</b> <b>5010</b> <b>3010 00 000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulamt</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>084.</b>	Antrag Stadtrat				318 187 600	Mehrheit
						Leah Heuri (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)



	5 250 000	312 937 600	Minderheit	Përparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
			Enthaltung	Markus Haselbach (Die Mitte)
Begründung:	Kürzung Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal um 50 % weniger ISR-Betreuungspersonal; Budgetneutral: Weniger ISR-Betreuungspersonal in den Regelklassen notwendig. Dafür kommunales Lehrpersonal um Fr. 5 250 000 erhöhen, um dafür mehr Personal in der schulischen Heilpädagogik für die Förderklassen zu haben.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ZU.

---

Antrag 085.

Wortmeldungen siehe Antrag 083.

S. 406	<b>50</b> <b>5010</b> <b>3010 00 000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulamt</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>085.</b>	Antrag Stadtrat			318 187 600	Mehrheit
				314 787 600	Minderheit
					Enthaltung
				3 400 000	
Begründung:	Kürzung Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal um 50 % weniger ISR-Klassenassistenzen; Budgetneutral: Weniger ISR-Klassenassistenzen in den Regelklassen notwendig. Dafür kommunales Lehrpersonal um Fr. 3 400 000 erhöhen, um dafür mehr Personal in der schulischen Heilpädagogik für die Förderklassen zu haben.				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ZU.

---





Antrag 086.

Wortmeldungen siehe Antrag 083.

S. 406	<b>50</b> <b>5010</b> <b>3020 00 000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulamt</b> <b>Löhne der Lehrpersonen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>086.</b>	Antrag Stadtrat				102 035 500	Mehrheit
				8 650 000	110 685 500	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Umwandlung der Ressourcen aus Assistenzen ISR in Personal für die schulische Heilpädagogik für Förderklassen			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 087.

Wortmeldungen siehe Antrag 083.

S. 408	<b>50</b> <b>5010</b> <b>3130 00 000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b> <b>Schulamt</b> <b>Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>087.</b>	Antrag Stadtrat				36 253 400	Mehrheit
						Enthaltung
						Minderheit
						Stimmen

Leah Heuri (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)



10 / 12

	2 500 000	33 753 400	Minderheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
			Enthaltung	Markus Haselbach (Die Mitte)
Begründung:	Kürzung Schulfahrten durch Dritte um 50 %, weil dadurch weniger Schulfahrten an externe Sonderschulen mit Förderklassen notwendig sind, da Förderklassen im gleichen Schulhaus sind			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ZU.

---

**Antrag 088.**

Wortmeldungen siehe Antrag 083.

S. 408	<b>50 5010 3130 00 000</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b>			
		<b>Schulamt</b>			
		<b>Dienstleistungen Dritter</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>088.</b>	Antrag Stadtrat			36 253 400	Mehrheit
					Leah Heuri (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		70 000		36 183 400	Minderheit
					Pärparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung
					Markus Haselbach (Die Mitte)
Begründung:	Kürzung Schulfahrten ÖV um 50 %, weil weniger Schulfahrten ÖV, da Förderklassen im gleichen Schulhaus sind				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ZU.

---



Antrag 089.

Wortmeldungen siehe Antrag 083.

S. 409	<b>50</b>	<b>SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT</b>			
	<b>5010</b>	<b>Schulamt</b>			
	<b>3611 00 000</b>	<b>Entschädigungen an Kantone und Konkordate</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>089.</b>	Antrag Stadtrat			368 165 000 17 005 000 N	Mehrheit
					Leah Heuri (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		17 500 000		367 670 000	Minderheit
					Pärparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung
					Markus Haselbach (Die Mitte)
		Begründung:	Mit Förderklassen gibt es nicht mehr so viele Kinder in Sonderschulen, da sehr verhaltensauffällige Kinder nicht mehr an externe Sonderschulen geschickt werden müssen.		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

**4096. 2024/558**  
**Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Pärparim Avdili (FDP) und Isabel Garcia (FDP) vom 04.12.2024:**  
**Verwendung der Hälfte der Ressourcen für die Settings der Integrierten Sonderschulung (ISR) und die externe Sonderschulung für die Bildung von Förderklassen**

Der Ratspräsident beantragt, das Postulat gemäss Art. 136 Abs. 1 GeschO GR sofort als Budgetantrag Nr. 090. zu behandeln.

Der Rat stimmt dem Antrag des Ratspräsidenten stillschweigend zu.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2024/421, Beschluss-Nr. 4074/2024, Antrag Nr. 083.

Yasmine Bourgeois (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4048/2024).



12 / 12

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Das Postulat wird mit 42 gegen 77 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat